

## Förderungen für den Heizungstausch langfristig absichern

### *Planungssicherheit schaffen, Wärmewende ermöglichen*

Die Wärmewende ist in der aktuellen Geschwindigkeit nicht realisierbar. Die Sanierungsrate im Gebäudebestand liegt seit rund 15 Jahren bei etwa 1,6 % unter den **erforderlichen 3 %**, die zur Erreichung der Klimaziele erforderlich wären. Die Sanierungsoffensive 2026 belegt die **hohe Investitionsbereitschaft** der Bevölkerung. Innerhalb von drei Monaten wurden rund 60 % der Mittel abgerufen – als Reaktion wurde die Förderung thermischer Sanierungen ausgesetzt und nur noch Heizungstausche bewilligt. Die verbleibenden Mittel dürften trotz dieser Anpassung **bis zum Sommer aufgebraucht** sein. Das unterläuft die notwendige **Planungssicherheit** und verdeutlicht, dass ein gemeinsamer Fördertopf für beide Maßnahmen strukturell zu kurz greift.

Die Sanierungsoffensive 2023/2024 hat den **wirtschaftlichen Mehrwert** der Wärmewende eindrucksvoll verdeutlicht. Förderungen in Höhe von 776 Mio. Euro generierten 3,4 Mrd. Euro an Investitionen und 1,6 Mrd. Euro an Steuereinnahmen. Gerade in Zeiten knapper budgetärer Spielräume muss dieser Effekt erhalten und weiter ausgebaut werden, weil jeder Förder-Euro ein Vielfaches an privaten Investitionen und Steuereinnahmen auslöst. Dazu braucht es **planbare, langfristig gesicherte Förderungen** im Zusammenspiel **mit flankierenden Reformen**, die die Energieunabhängigkeit stärken, milliardenschwere EU-Strafzahlungen vermeiden und österreichische Wertschöpfung sichern. Die aktuellen geopolitischen Verwerfungen zeigen, wie fragil eine auf fossile Importe gestützte Energieversorgung ist. **Die Wärmewende duldet keinen weiteren Aufschub** – daher richtet das Zukunftsforum SHL folgende Forderungen an die Politik:

- **Fördermittel bedarfsgerecht und mehrjährig absichern:** Ausreichende Mittel in getrennten Fördertöpfen für Heizungstausch und thermisch-energetische Sanierung müssen über die laufende Budgetperiode hinaus verankert werden, um Finanzierungslücken und Projektstopps zu vermeiden.
- **Förderungen nach Einsparpotenzial staffeln:** Fossile Altanlagen mit über 15 Jahren Betriebsdauer sind vorrangig zu berücksichtigen, da hier die größten CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale liegen. Eine Abstufung der Fördersummen nach Anlagenalter erhöht dort den Anreiz, wo die größte CO<sub>2</sub>-Reduktion erreicht wird.
- **One-Stop-Shop für Förderungen etablieren:** Viele Hausbesitzer:innen zieht trotz vorhandener Förderung keinen Heizungstausch in Erwägung – häufig wegen komplexer Antragsverfahren, unklarer Kosten und unterschiedlicher Förderstellen auf Bundes- und Landesebene. Bundesweite One-Stop-Shops, die Beratung, Antragstellung und Abwicklung aller einschlägigen Förderprogramme an einer Stelle bündeln, senken die Zugangshürden und erhöhen die Umsetzungsquote.
- **CO<sub>2</sub>-Bepreisungseinnahmen zweckgebunden reinvestieren:** Die seit 2022 erzielten Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung fossiler Brennstoffe sollen als stabile Grundlage für die Ausstattung der Fördertöpfe dienen. So werden staatliche Einnahmen aus Emissionen zielorientiert in deren Reduktion rückinvestiert.
- **„Sauber Heizen für Alle“ absichern und Zwischenfinanzierung lösen:** Einkommensschwache Haushalte müssen weiterhin vollumfänglich unterstützt werden. Da Förderungen erst nach Projektabschluss ausbezahlt werden, braucht es eine verpflichtende Zwischenfinanzierungslösung, bei der Banken die Förderzusagen als

Sicherheit akzeptieren müssen. Das Burgenland zeigt durch sein Vorfinanzierungsmodell, wie es bundesweit gelingen kann.

- **Kleine Maßnahmen mit großer Wirkung fördern:** Niederschwellige Maßnahmen wie hydraulischer Abgleich, Pumpenaustausch oder Montage von Heizkörperthermostaten steigern die Energieeffizienz unmittelbar – bei geringen Investitionskosten. Bereits kleine Fördersätze oder steuerliche Begünstigungen (z. B. reduzierter USt-Satz) würden hier eine überproportionale Wirkung entfalten. Diese Maßnahmen sollten bei allen Gebäudearten förderbar und über Energieberatung aktiv kommuniziert werden."

Förderpolitik, flankierende Reformen unter anderem im Miet-, Wohn- und Steuerrecht und das angekündigte Klimaschutzgesetz müssen ressortübergreifend als abgestimmtes, planbares Gesamtsystem wirken. Bei Verfehlung der Klimaziele muss das Ordnungsrecht greifen: mit verbindlichen Phase-Out-Phasen für fossile Heizsysteme.

Bis 2040 verspricht die Wärmewende knapp 66.000 Arbeitsplätze und eine zusätzliche Wertschöpfung von 6 Milliarden Euro jährlich. Die Wärmewende ist eine Investition in den Standort Österreich – sie nicht zu nutzen, wäre ein Versäumnis, das kommende Generationen teuer bezahlen.

---

*Das Zukunftsforum SHL ist ein Interessensverband der österreichischen Installateur:innen sowie führender Unternehmen der Branche. Seit seiner Gründung setzt sich der Verein für die Dekarbonisierung der Raumwärme und Heizungsmodernisierungen ein und steht im regelmäßigen Austausch mit den relevanten Entscheidungsträger:innen. Das Zukunftsforum repräsentiert einen Wirtschaftszweig mit rund 7,1 Milliarden Euro Umsatzerlösen und rund 36.000 Mitarbeiter:innen.*